

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

PROLETARIAT ALLER LÄNDER
VEREINIGT SICH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr 119471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstetterergasse 19/10, Tel R-30-9-58

Preis 15 Groschen

November 1931

5. Jahrgang, Nr. 87

Bildet Aktionsausschüsse!

Nach 14 Jahren

Die Druckerschwärze vom «Sanierungs»-Gesetz ist noch nicht trocken, aber die kapitalistische «Sanierungs»-Offensive geht erbarmungslos weiter. Betriebe werden gesperrt, stillgelegt, Arbeiter entlassen. In 14 Tagen ist die Zahl der Arbeitslosen um 10.000 angeschwollen. Dabei werden die Löhne abgebaut, die Arbeitsleistung gesteigert. Zugleich plündert der kapitalistische Staat die Massen: die Bahntarife wurden um 20 Prozent erhöht; neuerlich sollen tausende Beamte abgebaut werden; immer weiter wird ausgeteuert.

Der Fortgang der Weltkrise, die die Preise der Agrarprodukte senkt, macht die kleinbürgerlichen Reserven der Bourgeoisie auf dem Lande rebellisch. Mit der

Devisenverordnung drosselt sie die Einfuhr der Lebensmittel, mit der Vieheinuhrstelle die Einfuhr von Vieh, um so durch Ausplünderung der Konsumentenmassen die Bauern zu beruhigen, hinter sich zu halten.

Nicht ohne Erfolg machen sich die Faschisten an die Bauern. Das Sinken der Weltpreise durchkreuzt die Politik der österreichischen Bourgeoisie. In den Städten werden die Massen durch die Feuerung ausgeplündert, die Säcke der Großagrarien werden gefüllt, den Bauern aber ist damit nicht geholfen, um so mehr steigt ihre Unzufriedenheit.

Die deutsche Schwerindustrie hat sie mit einer Geldsendung belobt. Sie wünscht gesteigerte Unterstützung der Staatsstreichaktion Hitlers durch koordinierte Aktion der österreichischen Faschisten.

Die kapitalistischen Räuber packen die Gelegenheit beim Schopf. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der faschistischen Staatsstreichpläne — nicht ein Haar wurde den Faschisten wegen des Staatsstreiches vom 13. September gekrümmt — kommen sie mit einem Republikenschutzgesetz zur Niederhaltung der Arbeiter. Jede Regung des proletarischen Widerstandes soll unmöglich gemacht werden, um die Ausbeutung, Ausplünderung der Arbeiter bis zum Weißbluten vortreiben zu können.

Welche Differenzen immer sind innerhalb der Bourgeoisie, praktisch kann sich der Faschismus keine bessere Politik wünschen als die herrschende bürgerliche Regierungspolitik.

Die Sozialdemokratie macht das, was sie seit 13 Jahren gegenüber den kapitalistischen Angriffen immer gemacht hat: sie warnt, beschwört, raunzt, flennt, gibt Ratschläge.

Um zu tun, als ob sie etwas täte, kommt die Sozialdemokratie mit dem Schläger: Planwirtschaft! Als ob der kapitalistische Staat jemals Planwirtschaft durchführen könnte! Die Organisation planmäßiger Wirtschaft auch nur zu beginnen, das setzt die Aufrichtung des proletarischen Staates voraus, der proletarischen Diktatur! Wer Planwirtschaft sagt und sie dem kapitalistischen Staat überträgt, der ist ein Schwindler!

13 Jahre. 13 geschlagene Jahre konnte sie so wirtschaften ohne Gefahr, die Arbeiter zu verlieren, weil die kommunistische Partei dank ihrer stalinistischen Politik die Arbeiter immer wieder abstößt.

Eine ungeheure Kraft steckt in den Massen, die Massen können und werden den Faschismus zerschmettern. Aber sie dürfen nicht die Hände in den Schoß legen.

Nicht auf die Sozialdemokratie, sondern nur auf die eigene Entschlossenheit bauen und zur Organisation des Massenkampfes Aktionsausschüsse bilden, das ist das Gebot der Stunde.

Sanierung, ja! Aber Sanierung der Massen! Sanierung der Arbeiter und Anstellungen! Sanierung der notleidenden Bauern, der notleidenden Mittelschichten in den Städten! Sanierung der werktätigen Massen auf Kosten der Kapitalisten!

Vorwärts in den Kampf für eine Regierung der Arbeiter und Bauern zur Sanierung auf Kosten der Bourgeoisie!

Vor 14 Jahren haben die russischen Arbeiter die Macht der Grundherren und Kapitalisten in Rußland in revolutionärem Kampf zerschmettert und auferichtet die Macht der Arbeiterklasse, den proletarischen Staat, den Sowjetstaat. Sie haben ihn behauptet im Kampf gegen zahllose Feinde, gegen alle Schwierigkeiten. Dank des Verrates der Sozialdemokratie gelang es der Bourgeoisie, dem revolutionären Proletariat, insbesondere in Mitteleuropa, schwere Schläge zu versetzen, das Uebergreifen der Revolution nach dem Westen zu verhindern, den Vormarsch der internationalen Revolution aufzuhalten. Das zwang die revolutionäre Führung zur Umstellung der Taktik. An die Stelle des unmittelbaren Sturmes um die Macht trat Lenins Losung: Heran an die Massen! Heran an die Massen, um sie zu lösen aus dem Bann des sozialdemokratischen Verrates, heran an die Massen, um sie im und durch den Kampf für die tagtäglichen Fragen zu gewinnen für den Kampf um die Macht.

Doch kaum hatte Lenin die Augen geschlossen, da haben seine Epigonen seine Linie verlassen. Zwar mit dem Munde schrien die Sinowjew, Bucharin, Stalin und ihre Fraktionisten immer wieder Heran an die Massen! Aber praktisch ergab ihre Politik das Gegenteil: statt die Massen der Kommunistischen Partei näher zu bringen, entfernten sie die Kommunistische Partei immer mehr von den Massen. Niederlage auf Niederlage kennzeichneten den Weg ihrer Bankrottpolitik. Schließlich hat Stalin die Linie der internationalen proletarischen Revolution überhaupt verlassen und ist übergegangen zum «Aufbau des Sozialismus in einem Lande», das heißt auf die Linie eines russischen Nationalsozialismus.

Was von der Oktoberrevolution ist heute nach jahrelangem stalinischem Nationalsozialismus noch übrig?

Was sind heute die russischen Arbeiter im Betrieb? Der Niemand! Die Betriebe kommandieren heute bürgerliche Ingenieure.

Was sind heute die russischen Arbeiter in den Gewerkschaften? Der Niemand!

Was sind heute die russischen Arbeiter in der Partei? Der Niemand! Sie haben durchzuführen, sonst nicht. Erst wenn sich herausstellt, daß Stalin eine Mordeselei begangen hat, dann ist es den Arbeitern gnädigst gestattet, zu sprechen, um die Schuld dafür irgend einem Sündenbock zuzuschreiben oder gar auf sich selbst zu nehmen.

Was sind heute die russischen Arbeiter im Staat? Der Niemand! Denn die Hauptform, in der die Arbeiter ihren bestimmenden Einfluß auf die Politik geltend machen, das ist in der proletarischen Diktatur ihr Recht, die Politik der Kommunistischen Partei zu bestimmen und zu kontrollieren. Dieses Recht ist den russischen Arbeitern restlos geraubt. Die Leninsche Parteidemokratie ist beseitigt.

Noch sind die Betriebe, noch sind Grund und Boden Eigentum des Sowjetstaates. Diese entscheidende, durch die

Bankrott

Ueber 3 Millionen Stimmen, fünf Sechstel ihrer Mandate, hat die Labour-Party verloren! Es ist ein Bankrott der Sozialdemokratie, die mit ihrer Koalitionspolitik den Arbeitern zu helfen vorgibt, in Wirklichkeit aber hilft sie der Bourgeoisie. Nicht in der Niederlage der Arbeiter-Partei liegt die Katastrophe — diese Niederlage ist voll verdient —, sondern darin, daß diese Niederlage der Kapitalistenklasse zugute kommt, und daran ist schuld der Stalinismus. Ueber 3 Millionen Stimmen verliert die Labour-Party nach jahrelangem Verrat an den Arbeitern und die englische KP gewinnt davon ganze 25.000 Stimmen! Welch beispiellosen Bankrott des Stalinismus drückt diese Zahl aus! Es ist so wie überall: Die SP verrät die Arbeiter und der Stalinismus ermöglicht ihr diesen Verrat fortzusetzen, ohne daß sie fürchten muß, daß die Arbeiter den revolutionären Weg betreten, zur KP übergehen. Zurück zu Marx-Lenin und vorwärts wieder auf ihrer Linie, das allein kann die Wendung für die Arbeiter herbeiführen!

Krieg im Osten

Der Krieg im Osten ist im Gang. Japan dringt bewaffnet immer weiter vor. Wer steht mit den japanischen Räubern im Bunde? Das ist das große Rätsel. Durch die Weltkrise sind alle kapitalistischen Räuber in ihrer Handlungsfreiheit etwas beengt. Aber das gilt auch für Japan, das unter der Krise nicht wenig leidet. Gegen China, gegen Sowjetrußland, gegen Amerika, England, Frankreich, gegen alle diese Mächte die Mandschurei annekturen, das würden die japanischen Banditen, so frech sie sind, nicht wagen. Die Arbeiter dürfen sich durch die Wortgefechte im Völkerbundrat nicht täuschen lassen. Irgendeiner der großen imperialistischen Banditen steht hinter Japan.

Einheitsfront

Hakenkreuzaufmarsch in Braunschweig. Faschistische Mordbanden terrorisieren eine ganze Stadt, schicken Strafexpeditionen in die Arbeiterquartiere, plündern, sengen, brennen, schlagen, morden Arbeiter, Frauen, Kinder. Keine Schupo hilft, keine Staatsgewalt, der Staatsanwalt klagt — die Arbeiter, die niedergeschlagen wurden...

Die Faschisten handeln im Auftrage des Großkapitals, um die letzten Schranken der Ausbeutung niederzureißen.

Parteitag der SPD. Die Sozialdemokratie verspricht, Brüning und seine Notverordnung zu tolerieren. Sie hält ihr Versprechen. Hilft beim Lohnsenken und Notverordnen. Die SPD «hält durch». Als Polizeipräsident, Landrat, Oberpräsident, Minister spürt man den Hunger nicht.

Was in Deutschland geschieht, ist Bürgerkrieg, der allerdings nur von einer Seite geführt wird.

Die SPD verrät die Arbeiter und kann

sich dennoch rühmen, 100.000 neue Mitglieder innerhalb des letzten Jahres gewonnen zu haben, sie zieht einen «linken» Flügel auf, ohne daß die Arbeitermassen den Schwindel durchschauen.

Die KPD hat bei Wahlen zwei Millionen neuer Stimmen gewonnen und trotzdem wagen die Feinde des Proletariats solchen Angriff. Das beweist, daß diese Massen mit dem Stimmzettel aber nicht als Kämpfer hinter der KPD stehen.

So steht es mit der deutschen Arbeiterschaft dank des Verrates der SPD, dank des Bankrotts der Stalin-Politik.

Die Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft schleunigst herstellen, ist das Gebot der Stunde. Die KPD muß sich an die sozialdemokratischen Arbeiter wenden und an die sozialdemokratischen Spitzen, diese zwingend oder entlarven. So oder so muß die Einheitsfront entstehen. Im Kampfe wird die Arbeiterschaft die Notwendigkeit der kommunistischen Führung erkennen.

Oktoberrevolution eroberte Position ist noch da. Der Form nach. Denn der Inhalt ist nicht mehr da. Nicht die Arbeiter sind die Herren dieses Eigentums, nicht die russischen Arbeiter bestimmen und kontrollieren die Verwaltung dieses Eigentums. Denn die russischen Arbeiter sind vollkommen entrechtet in Betrieb und Gewerkschaft, in Partei und Staat. Es gibt unter Stalin keine Arbeiterdemokratie. Die russischen Arbeiter sind der Rechte, die sie unter Lenin hatten, durch Stalin beraubt.

Herr über das Eigentum an den Betrieben und am Grund und Boden ist die Bürokratie. Sie ist Herr über Partei und Staat. Diese Bürokratie hat selbst die Arbeiterkontrolle beseitigt. In Rußland herrscht der

bürokratische Absolutismus.

Nicht die Macht, nicht das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse, nicht die proletarische Weltrevolution ist mehr das leitende Ziel, sondern der Aufbau der russischen Wirtschaft, dem wird alles unterordnet, die Macht der Arbeiterklasse, das Wohl und Wehe der Arbeiter, die proletarische Revolution.

Ungeheure Industriebetriebe werden gebaut — doch die Arbeiter haben darin nichts zu reden.

Ungeheure landwirtschaftliche Betriebe werden errichtet — aber die Arbeiter haben darüber nichts zu bestimmen.

Der wirtschaftliche Aufbau wird vorgezogen, aber so, daß die Machtstellung und die Lebenshaltung der russischen Arbeiter immer tiefer getrieben wird.

Alles, was den wirtschaftlichen Aufbau stört, wird verworfen. Durch eine revolutionäre Bewegung würden die Maschinenlieferungen der Auslandskapitalisten gestört werden, also ist Stalin gegen die internationale proletarische Revolution.

Die kommunistischen Parteien sind nicht mehr Organe der Weltrevolution, sondern Organe des Aufbaues der russischen Wirtschaft.

Die Weltarbeiterschaft wird von der Stalin-Bürokratie planmäßig irreführen über das, was in Rußland vor sich geht. Man zeigt ihr den Aufbau — aber man verschweigt, daß er auf dem Rücken der Arbeiter vor sich geht. Tag für Tag werden planmäßig Schönfärbereien ausgestreut, um die Arbeiter aller Länder über die wirkliche Lage der großen Masse der russischen Arbeiter zu täuschen. Da wird hinausposaunt, daß die Löhne gesteigert werden, zugleich wird verschwiegen, daß die Arbeitsleistung gesteigert und der Reallohn noch dazu durch Geldentwertung und Teuerung verringert wird. Da wird diese oder jene Einzelheit herausgegriffen, die irgend einer kleinen Minderheit zugute kommt und so gemacht, als ob das der ganzen Arbeitermasse zugute käme. Die Wahrheit ist, daß die große Masse der russischen Arbeiter nicht nur entrechtet ist, sondern nicht einmal genug hat, sich satt zu essen, und mit allen Mitteln zu immer größeren Arbeitsleistungen angetrieben wird.

Die Sozialdemokratie unterstützt diesen Betrug, weil sie die eigenen Arbeiter mit ähnlichen Betrugsmethoden über die sozialdemokratische Politik täuscht. Den Schwindel, den die Sozialdemokratie mit den Wiener Wohnungsbauten treibt, denselben Schwindel betreibt die Stalin-Bürokratie mit den Industrie- und Landwirtschaftsgiganten. Die Wiener Wohnungen sind eine gute Sache — dennoch sinkt die österreichische Arbeiterklasse an Macht und Lebenshaltung, dennoch ist die sozialdemokratische Politik ein Verrat an der Arbeiterklasse. Die russischen Industrie- und Landwirtschaftsgiganten sind eine sehr gute, ausgezeichnete Sache und selbst die Stalinsche Karikatur einer Planwirtschaft zeigt die ungeheuren Möglichkeiten sozialistischer Wirtschaft — und dennoch sinkt unter Stalin Macht und Lebenshaltung des russischen Proletariats, dennoch ist die politische Linie, auf der Stalins Aufbau vorgetrieben wird, ein furchtbares Preisgeben der russischen Arbeiterklasse, der internationalen Revolution, des proletarischen Charakters der Sowjetmacht.

Diejenigen, die meinen, die Opfer der russischen Arbeiter seien nur vorübergehend, sie würden dafür später desto entschädigt werden, unterliegen

einer furchtbaren Illusion. Sie sehen die großen modernen Betriebe in Rußland erstehen und sie meinen, bis alle diese Betriebe voll laufen, dann werden sie in Ueberfluß den russischen Arbeitern spenden. Alle, die die Dinge so betrachten, vergessen die Hauptsache: die Verhältnisse der Kräfteverhältnisse der Klassen, die mit dem Stalinschen Aufbau zwangsläufig verbunden ist.

Die alten Grundherren, die alten Kapitalisten, sind restlos vernichtet, das hat die Oktoberrevolution gründlich besorgt. Doch dank der Politik der Epigonen, vor allem dank der zentralistischen Politik Stalins, wachsen in Rußland unter allen möglichen Formen neue Ausbeuterelemente heran und gerade in der letzten Zeit schießen sie hervor wie die Pilze nach dem warmen Regen. Der Stalinismus schwächt die Arbeiterklasse, stärkt die neuen Ausbeuterelemente. Mit allen Mitteln des blutigsten Terrors sucht Stalin die proletarische Opposition, die Linksopposition, niederzuhalten, die daran arbeitet, der Arbeiterklasse die alte führende Rolle, die sie in und nach der Oktoberrevolution unter Lenin hatte, wieder zu erobern.

Es ist ein außerordentlich gefährlicher Uebergangszustand,

in dem sich Sowjetrußland heute befindet. Treibhausartig entwickeln sich die Ausbeuterelemente.

Zugleich erschwert die kapitalistische Weltkrise Stalins nationalen Aufbau. Rußland kann mit seinen eigenen Kräften den sozialistischen Aufbau vollziehen, das war und ist die Grundthese des Stalinschen Nationalsozialismus. Die kapitalistische Weltkrise senkt die Preise insbesondere der Rohprodukte, also gerade die Stoffe, die Sowjetrußland heute vor allem ausführt, wie Getreide, Holz, Naphta. So sinken die Einnahmen aus der Ausfuhr, so werden die Mittel immer knapper, die für den Aufbau notwendigen Maschinen aus dem kapitalistischen Ausland zu beschaffen. So werden die besonderen russischen Schwierigkeiten des Aufbaus durch die kapitalistische Weltkrise auf die Spitze getrieben. Die Mauer der engstirnigen Nationalbeschränktheit Stalins wird durch die immer heftiger werdenden Krisen-

stöße der Weltwirtschaft durchbrochen, niedergebrochen.

Mit Riesenschritten

naht die Entscheidung in Rußland. So kraß ist die Klassenschichtung, so in die Augen schlagend der Bankrott der Stalin-Politik vom Standpunkt der proletarischen Klasseninteressen, daß die Hoffnung nicht unberechtigt ist, daß Teile der Stalin-Bürokratie, soweit sie subjektiv mit der bisherigen Politik dem revolutionären Interesse zu dienen vermeinen, in letzter Minute mithelfen werden, das Steuer hart vor dem Abgrund umzureißen

zur proletarischen Reform, zur revolutionären Einheit, zur Rettung der Sowjetmacht

als einer proletarischen Macht. Mit dieser Möglichkeit rechnen wir, aber wir bauen nicht auf sie. Wir bauen auf die Zehntausende ehrliche Kommunisten, die trotz aller Stalinscher Korruption und Unterdrückung der proletarisch-revolutionären Sache innerlich treu geblieben sind. Und vor allem bauen wir auf die große Masse der russischen Arbeiter. Gerade der Prozeß, der jetzt so kraß und schnell in Rußland vor sich geht, wird ihnen die Augen öffnen und sie zusammenführen mit der Linksopposition, die unermüdet an der Wiedergeburt der revolutionären Sache arbeitet.

Die Stunde naht mit Riesenschritten, da die vom Stalinismus großgezogenen neuen Ausbeuterelemente den Schlag wagen werden, um die letzten Reste der Oktoberrevolution zu liquidieren und aufzurichten die kapitalistische Macht. Sie werden sich irren! Und alle werden sich irren, die das fördern: die Weltbourgeoisie, ihre faschistischen Kettenhunde, ihre sozialdemokratischen Lakaien! Noch sind die proletarischen Revolutionäre da, die kommunistische Linksopposition! Und vor allem: Noch sind die Arbeitermassen da, zersetzt zwar durch sozialdemokratischen Verrat und stalinistische Bankrottpolitik, aber noch lebt in ihnen der Oktobergeist. Nicht untergehen wird die Oktoberrevolution! Sondern auferstehen wird sie, geklärt, gereinigt, gestärkt! Auferstehen wird die Kommunistische Partei! Auferstehen wird die Sowjetmacht! Auferstehen wird die Kommunistische Internationale!

Schach dem Hunger!

Jeder Arbeiter, ob im Betrieb oder arbeitslos, sieht, daß die Kapitalisten wütend daran arbeiten, ihre morsche Wirtschaftsordnung auf Kosten der hungernden Proleten auf die Beine zu bringen. Die, die schon maßlos beraubt wurden, sollen durch die heuchlerische Losung: «Alle Klassen müssen Opfer bringen!» bis auf die Knochen ausgeplündert werden.

Von den Großindustriellen und Agrariern bis zu den sozialdemokratischen Kleinbürgern sind sich alle einig darüber, daß die Arbeiterklasse die Rechnung bezahlen soll. Die Abzüge der Beamten, der Eisenbahner werden beschlossen. Die Arbeitslosengesetze werden verschlechtert. Die Sozialdemokratie raunt scheinheilig, das ist aber auch alles, was diese «Opposition» tut.

Nun kommen zwei neue Ueberfälle. Die Arbeitslosen sollen statt in Geld ein Naturalien unterstützt werden. Und ein Republikenschutzgesetz soll eingeführt werden. Auflehnung gegen den Ausbeuter Staat soll bis zu lebenslanglichem Kerker bestraft werden.

Die Agrarier wollen an den Arbeitslosen Geschäfte machen. Ihre Rüben und Kartoffeln sollen vom Staat für teures Geld gekauft und den Arbeitslosen statt der Geldunterstützung zugeschoben werden. Das wäre eine gewaltige Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen!

Das Republikenschutzgesetz aber soll dazu dienen, jede Aeußerung hungernder Proletariatsmassen im Keime zu ersticken. Es geht für die Kapitalisten um den nackten Profit — für die Massen aber um das letzte Stück Brot!

Millionen hungern, während Lebensmittel verfaulen! Während Hunderttausende buchstäblich verrecken, prassen und schleimmen die Wenigen, die Wirtschaft und Politik heute in ihren

schmutzigen Fingern haben, im maßlosen Ueberfluß.

Es gibt Wege aus dieser Lage! Die Kirchenschätze und Kirchenbesitzungen sind unverzüglich zu beschlagnahmen zu produktiven Arbeiten, zur Arbeitsbeschaffung. Abschaffung der Kongrual

Durch großzügige Wohn- und Straßenausbauarbeiten ist die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Mittel sind durch Abbau bei Heer, Polizei, Gendarmerie und der hohen Bürokratie herinzubringen.

Die Betriebe müssen in ihrer Führung der Kontrolle der Arbeitervertrauensleute unterstellt werden.

Nur durch Kampf können die Arbeiter ihre Lage bessern!

Bildet Aktionsausschüsse zum Kampfe für Arbeit und Brot!

E. Kernmayr.

Von selbst wird nichts!

Sozialdemokratische Arbeiter sagen oft, daß die Kommunistische Partei ja ganz gut wäre, wenn sie eben nicht so klein wäre. Dazu ist zu sagen, daß es ja nur an den Arbeitern selbst liegt, aus der kleinen Kommunistischen Partei eine Massenpartei zu machen. Von selbst macht sich nichts, auch die KP wird erst größer werden, wenn die Arbeiter selbst Hand anlegen. Die notwendige Vorbedingung dazu ist freilich die Überwindung der stalinistischen Politik. Erst wenn der Stalinismus zu Boden gerungen und durch eine revolutionäre Realpolitik ersetzt ist, erst dann werden die Arbeiter erkennen, daß die Kommunistische Partei, auch wenn sie klein ist, ihre Partei ist und daß es die Pflicht eines jeden Arbeiters ist, ihr zu helfen, ihr zu folgen, um sie zur revolutionären proletarischen Massenpartei zu machen.

Die faschistischen Eisenbahnattentate

Um den Eisenbahnattentäter Matuschka ist es still geworden. Seitdem feststeht, daß er Weißgardist ist, ist man über ihn sehr schweigsam. Solange der Täter unbekannt war, schrie man sich heiser über das «kommunistische» Eisenbahnattentat. Jetzt, da der Verbrecher hinter Schloß und Riegel sitzt und als Faschist, Monarchist und gäubiger Katholik erkannt ist, jetzt ist das Attentat «kein politisches» mehr, jetzt ist es die Tat eines «wahrscheinlich geisteskranken» Menschen, der das Verbrechen «allein» gemacht, der keinen einzigen Mitschuldigen hat. Dies, trotzdem die Polizei vor Wochen bewiesen hatte, daß zumindest beim Anzbacher Attentat mehrere mitgewirkt haben müssen, um die schweren Eisentraversen auf das Gleis zu schleppen! Es sieht wirklich so aus, als ob man ein Interesse daran hätte, die Mitschuldigen des Verbrechers — und Mitschuldige hat er! — laufen zu lassen. Die Attentate wurden vollführt, um einen Massenzorn gegen die Kommunisten hervorzurufen und diese Stimmung dann auszunützen gegen die Massen selbst, für die faschistisch-monarchistischen Pläne. Zum Teil ist das gelungen; Horthy-Ungarn hat das Standrecht verkündet. Jetzt bemühen sich die Horthy-Verbrecher begreiflicherweise sehr um die Auslieferung Matuschkas. Die Horthy-Banden können ihn in Ungarn viel leichter zum Schweigen bringen. Er könnte sonst für die Faschisten unangenehme Dinge erzählen. Alle Anzeichen deuten auf den Faschisten Gömbös, den Kriegsmminister Horthy, als Organisator der Eisenbahnattentate.

Die Arbeiterschaft muß darüber wachen, daß die volle Wahrheit herauskommt über die ungarischen, reichsdeutschen, italienischen und — österreichischen faschistisch-monarchistischen Organisatoren der Eisenbahnattentate.

Um die Wirkung auf die Massenstimmung abzuschwächen, läßt die Bourgeoisie jetzt Lügen verbreiten über Sprengstoffattentate, die angeblich von der KP vorbereitet wurden. In Wirklichkeit handelt es sich um faschistische Provokationen, die vom Faschismus auf die KPD ablenken sollen.

Hungerstreik in Rußland

Stalin-Terror gegen Linksopposition

Der «Fahne des Kommunismus», dem Blatt des Lenin-Bundes in Berlin, entnehmen wir folgende wichtige Nachricht:

Ein aus Rußland eingetroffener, absolut vertrauenswürdiger Genosse berichtet Einzelheiten über die äußerste Verschärfung der Repressalien gegen die sogenannten Trotzkisten. Im Werchno-Uralsker Gefängnis, wo etwa 130 Anhänger der linken Opposition untergebracht sind, nehmen die Repressalien solche Formen an, daß die Gefangenen zur Abwehr in den Hungerstreik eintreten.

18 Tage verweigerten sie jegliche Nahrungsaufnahme, dann schritten die Behörden zur zwangsweisen Ernährung. Die Gefangenen setzten sich entschieden zur Wehr. Das führte zu Zusammenstoßen mit Waffenanwendung. Ein Gefangener wurde dabei schwer verwundet.

Wie das Stalin-Regime die Eingekerkerten behandelt, wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß in diesem Gefängnis 30 der Inhaftierten an Skorbut erkrankt sind. Diese Krankheit ist auf Mangel an Vitaminen in der Nahrung zurückzuführen.

Stalins verschärfte Repressalien gegen die Mitglieder der proletarischen Opposition erklären sich daraus, daß mit den wachsenden Schwierigkeiten des Stalinschen Aufbaues die Unzufriedenheit der Arbeiter wächst und zugleich die Erkenntnis, daß die Kritik, daß der jahrelange Kampf der Linksopposition berechtigt ist.

Stalin vermeint seinen thermidorischen Weg durch Terror gegen die wirklichen Vertreter der Arbeiterinteressen sichern zu können. In Wirklichkeit hilft es so objektiv den Klassenfeinden.

STIERMARK

Städtische Verwaltung der «Arbeiter-Stimme»: Graz-Eggenberg, Georgigasse 46/1. Zuschriften an den Redakteur, Auskünfte, Entgegennahme von Artikeln erfolgt alle Freitag, 7 bis 8 Uhr abends in der kommunikativen, Eggenberg, Rochelgasse 52.

Wetzter Waggonfabrik

Der Abbau wird immer stärker. Besonders im Waggonbau und in der Schmiede. Dabei vermehren sich durch die Antreiberei die Unfälle. Täglich kommt die Rettung.

Die Herren Aktionäre und Direktoren aber fahren nach Mariazell zur Hochjagd. Eigens wurden zwei Kisten von Radkersburg nach Mariazell gesandt. Die anderen sind ihnen zu schlecht.

Die Wetzter Proleten jedoch darben bei größter Antreiberei und elenden Löhnen.

Christlicher Meister

Er heißt: Anton Werschitz, Schlossermeister in Eggenberg, Rochelgasse 13. Von seinen Lehrlingen verlangte er, daß sie von der SAJ austreten und dem Jünglingsverein beitreten. Wenn er einen im blauen Hemd sieht, spuckt er aus und dankt auf keinen Gruß. Er ist unterstützendes Mitglied des Heimatschutzes. Daß er kaum deutsch reden kann, gehört dazu. Fünfmal ist ihm ein Lehrbub wegelaufen, fünfmal hat er ihn zurückgeholt. Denn es will kein neuer mehr anbeißen. Hier und da gibt's Ohrfeigen. Wenn ein wißbegieriger Lehrling öfters fragt, wie das oder das geht, heißt's: Götz von Berlichingen. Um 1/6 Uhr soll Arbeitsschluß sein. Bis 1/7 Uhr geht's fast täglich. Sogar 1/9 Uhr ist es schon geworden. Im dritten Jahr soll der Lehrling S. 450 die Woche kriegen. Werschitz zahlt einmal 3, dann wieder 2 usw. Er nimmt's nicht so genau. Für drei Ueberstunden zahlte er einmal 50 Groschen. Aber er ist: ein christlicher Meister!

Ein Jungeselle.

22. Oktober

Wie sich die Bourgeoisie die Beherrschung der Massen vorstellt, dokumentieren sie am 22. Oktober in Graz. Mit Hilfe eines Gesetzes aus dem Jahre 1867 wurde die von der KP einberufene Versammlung am Lendplatz verboten. In einer Stadt, in der Mörderbuben eines Hochverrätters Pfirmer in aller Öffentlichkeit ihre Fackelzüge abhalten können, ist es dem Hunger verboten, sich zu zeigen. Trotz des Verbotes kamen Tausende. Die Polizei ging mit rücksichtsloser Härte vor. Kinder, Frauen, Greise wurden nicht verschont. Ueber zwei Dutzend Genossen wurden verhaftet.

Die neue stalinistische Führung versagte gänzlich. Zuerst war niemand da, der dem Willen der Massen Ausdruck verliehen hätte. Erst als der von der Stalin-Bürokratie kaltgestellte und von ihr auf infamste besudelte Genosse Karl Rastl für die Partei in die Bresche sprang und zu den Massen redete, schlug die Stimmung um. Die Polizei hinderte mit Gewalt und Schußdrohungen Genossen

Rastl am Weitersprechen und verhaftete ihn. Von allen Seiten galoppierten Polizisten heran. Minutenlang hörte man nichts als das Klatschen der Gummiknüttel und die Schmerzensschreie der Betroffenen. Der «Grüne Heinrich» und die Rettungswagen hatten bis in die Nacht zu tun.

Gerade der 22. Oktober stellt die Grazer Parteigenossen vor Fragen, die unweigerlich und schleunigst gelöst werden müssen:

Die KP braucht einen Kader. Die Genossen müssen politisch geschult werden. Nur Kämpfer, die wissen, was sie wollen, werden siegen.

Von der Spitze der Partei müssen Elemente à la Alfons verschwinden. Erprobte, klare, theoretisch geschulte, mutige Genossen müssen die Parteiführung in die Hand bekommen!

Konrad Ortner.

Arbeiterwehr überfallen

Beim Appell letzte Woche wurde das Lokal der Arbeiterwehr in der Prankerkasse plötzlich von 30 Polizisten und 15 Kiewerern unter Führung Stürzers umstellt. Die Polizei drang in das Lokal ein, nahm jedem Anwesenden das Nationalab, durchsuchte ihn nach Waffen und schloß den Abend mit der Begründung: es würde noch eine Hausdurchsuchung nach Waffen abgehalten.

Hochverräterische Mordfaschisten bleiben unbehelligt. Proleten werden mit allen Mitteln schikaniert.

Ein Arbeiterwehler.

Gratkorner Erlebnis

Zwei Genossen kolportierten durch Gratkorn die Arbeiterstimme. Der Absatz, den sie fanden, paßte den hohen Ortsbehörden nicht. Zuerst einmal wurde den Genossen ein Stück abgenommen, mit dem Bemerkten, sie bekämen gleich das Geld oder die Zeitung. Der Wachmann verschwand, ohne sich wieder blicken zu lassen. Die Gendarmrie zitierte darauf beide Genossen auf den Posten und verhörte sie. Denn sie seien der — Landstreicher verdächtig. Schließlich mußte man sie laufen lassen. Die Genossen gingen nun zum Bürgermeister, um die Zeitung oder das Geld zurückzuholen. Dieser aber fertigte sie barsch ab, mit den Worten: «Das Blatt paßt überhaupt net in unser Gewerbe!»

Meinung der notleidenden Gratkorn Arbeiter und Arbeitslosen. Uebrigens. Sie schulden uns eine Zeitung! Wann werden Sie die bezahlen? Zwei Kolportiere.

Stürzer wünscht Standrecht

Als am 29. April hungernde Arbeitslose am Hauptplatz demonstrierten, wurde einer unserer Genossen über Auftrag Stürzers willkürlich aus der Menge heraus verhaftet. Nach zweitägiger Polizeihaft wurde er vom Staatsanwalt angeklagt und ihm am 22. Oktober wegen § 283 der Prozeß gemacht. Vier Arbeitslose, zwei Kriminalbeamte, zwei Polizisten und «Er» in Person, der Fleischhauersohn aus Marburg, der vom Balkan mit Orden behängene Kommunistenfeind Hugo Stürzer waren Zeugen.

Kurz vor der Verhandlung erscheint «Er». Einer seiner Trabanten fragt ihn (anscheinend abgekartetes Spiel) über das Standrecht in Ungarn. «Er» bläst sich schrecklich auf. Mit überlauter Stimme, damit es jeder höre, verkündet er: «So ist es recht. Der Anständige hat ohnedies nichts zu fürchten. Und mit dem Gesindel muß endlich Schuß gemacht werden. Standrecht, ja tausendmal besser als hier. Ich wie mit seiner Hand auf die Verhandlungstüre — stundenlange Verhandlungen zu führen.» Dabei musterte er provozierend die erschienenen Proleten.

In der Verhandlung bemühte er sich samt seinem Schatten, dem Kriminalbeamten Moser, unseren Genossen einzutunken, hatte aber kein Glück. Drei Polizisten erinnerten sich nicht mehr und die vier Proleten bezeugten die Schuldlosigkeit unseres Genossen. So mußte das Gericht einen Freispruch fällen. Dem Herrn Kriminalkommissär mit dem Balkanorden soll darauf das Mittagessen nicht geschmeckt haben.

Lehrlingsausbeutung.

Die Frau vom Tischlermeister Anton Geißler, Eggenberg, Rochelgasse 13, führt ein strenges Regiment. Deswegen wechselten die Lehrbuben auch fünfmal im Jahr. Wenn nach ihrer Meinung nicht schön genug ausgekehrt ist, müssen die Lehrbuben kräftig erhalten. Hinausschauen beim Fenster wird mit dem Stecken bestraft. Dafür kann der Lehrling am seinem freien Samstagmittag mit einem Karren herumfahren und für die Frau Meisterin Hobelscharten verkaufen. Ein gemütvolle Frau. Ein Tischlerlehrling.

Alfonsens Regime

Alfons I. als RGO-Strateg! Der Gewerkschaftsbonze Saizl von der SP versuchte am IBKBau in der Gegastraße mittels seines Partikulismus Wurm ein Betriebsversammlung abzuhalten, um Betriebsräte wählen zu lassen. Da eine Anzahl kommunistisch gesinnter Bauproleten im Betrieb sind, forderten diese Genossen Chagram, den Gewerkschaftsreferenten der Grazer KP als Redner für diese Versammlung an. Aber der Stalinbureokrat Alfons verfügte: «Das macht man nicht. Wir lassen diesen Bonzen allein reden. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter zu uns kommen wollen, kommen sie auch so! — Ein feiner Kommunist. Er verzichtet, den Kampf für den Kommunismus dort aufzunehmen, wo er am wichtigsten ist: im Betriebsleben.»

Alfons I. als Saboteur. Grascitz Fritz, ein jahrzehntelanger Kommunist (alles eher als oppositionsfreundlich) forderte, da er Gewerkschaftsreferent einer Zelle ist, von Alfons die Liste der Maler und Anstreicher zwecks Branchenzusammenfassung. Da Grascitz aber Alfons I. nicht hineinkriecht, sondern ein gerader Michel ist, verweigert ihm dieser mit allen möglichen Ausflüchten die Liste und sabotiert so die Gewerkschaftsarbeit.

Alfons I. Stellvertreter! Als Redner am Lendplatz am 22. Oktober war als Stellvertreter Alfons I. der der Opposition so übel bekannte Josef Arch bestimmt, der seit dem Regime Alfons I. in der Gebietsleitung sitzt. Arch hat sich jedoch einfach gedrückt.

Fünf Grazer Parteikommunisten.

Aufforderung

Die Stalinisten kolportieren, in ihrer Verzweiflung über ihre Unfähigkeit mit uns politisch über unsere Funktionäre. Da behauptet z. B. Griesel, 1927 habe einer unserer Funktionäre 45 Heimwehrkarabiner beschlagnahmt und vergraben. Als die Genossen Nachschau hielten, wären sie von einem unserer Funktionäre verschwinden gemacht und so die Genossen betrogen worden. Anscheinend soll durch derlei Gerüde die Polizei auf uns gehetzt werden. Die Verbreiter dieser Lügen sind Verleumder oder Polizeiprovokateure. Griesel hat die Gelegenheit, seine Behauptungen zu beweisen! Er wird hiermit öffentlich aufgefordert, seine Beschuldigung in die Hände unseres Genossen Franz Krug, Kolporteur bei der Finanz, zu legen und sie zu beweisen oder anzugeben, von wem er zu der verbrecherischen Verleumdung veranlaßt wurde. Sollte er keines von beiden tun, so ist er in der Arbeiteröffentlichkeit als Naderer gerichtet.

Kommunistische Partei (Opposition) Zelle Eggenberg.

Modriacher Proleten

Bei uns im Dorf herrschen die gleichen Zustände wie im nahen Köflach. Antreiberei, Ausbeutung ohne Ende. Die Köflacher Bauframa Berliner hat bei uns ihren Bau. Der Herr Chef muß reich werden, ob er will oder nicht. Qualifi-

zierte gibt es einfach nicht. Mineure werden als Hilfsarbeiter bezahlt. Na, und Antreiberei ist Tagesordnung. In der Früh müssen wir schon um halb 7 Uhr das Werkzeug holen und eine halbe Stunde weit zum Arbeitsplatz tragen. Abends nach der Schicht müssen wir wieder eine halbe Stunde das Werkzeug zurückschleifen, so daß wir praktisch eine Stunde unbezahlt arbeiten müssen. Außerdem wird aber selbst am offiziellen Arbeitsplatz immer 7—10 Minuten früher und länger gearbeitet. Wenn sich jemand dagegen auflehnt, wird er glatt hinausgeworfen...

Unser Pfarrer im Ort ist auch so ein schlagender Beweis christlicher Barmherzigkeit. Wenn ein Reicher stirbt, ist er ganz Wonne und Waschtrug, wohl wegen des Geschäftes, aber bei den Armen...

Ein Kind wollte er nicht begraben lassen, weil es unehelich war. Er aber geht mit seiner jungen Köchin auch gern allein auf die Alm, wie wir ihn beobachtet haben. Einem 80jährigen Arbeiter weiterte er das Glockengeläute, da der alte Prolet im — «Konkubinät» gelebt habe. Erst als Sonntags alle Arbeiter vor die Kirche zogen und dem kleinen Modriacher Papst ihre Meinung sagten, bequeme er sich dazu.

Es ist allerhöchste Zeit, daß in unser Winkel auch einmal ein frischer Wind zieht! Ein Arbeiter.

Hallo Prolet

Laß den Gaschlauch in Ruh —
S' feiert nur der Bourgeois dazu.
Stricke,
Brücken,
Revolverhähne
ergötzen die Unternehmeryhäne.
Das Leben — Prolet
ist da, um gelebt zu werden!
Es heißt, das Leben zu zwingen!
Den Stiefel den Lumpen in den Hintern
gehaut,
die uns das Leben geklaut!
Einmal hör's auf: Das vor den Fenstern
stehen,
hinter denen die anderen leben!
Hallo, Prolet!
Kopf nicht hängen —
Nüchtern die Kehrlären Faust brauchen
und wir werden übertauchelt
Kämpfen, Prolet, kämpfen!
Nicht fliehen!
Selbstmörder
sind
Deserteure
der Revolution!
E. Knud.

KP (Opposition) Eggenberg.
Alle Freitag 8 Uhr in der Kommune Zellenabend. Leiter: Krug.

KP (Opposition) Graz.
Alle Mittwoch ab 7 Uhr Zellenabend. Bekanntes Lokal. Leiter: Leskovar.

Gemeinsame Bildungskurse.
Alle Dienstag 6 Uhr abends im Grazer Lokal. Leiter: Kernmayr.

Arbeitersportsektion.
Boxsport: Montag und Donnerstag ab 8 Uhr Training in der Kommune. Leiter: Holzner.

Arbeiterkabarett Rote Feuerleiter.
Proben: Donnerstag 3 Uhr Grazer Lokal. Leiter: Ortner.

Entgegennahme von Artikeln erfolgt alle Freitag 7 bis 8 Uhr abends.

Die Weltkrise

Die Konkurrenz zwingt die Kapitalisten, die Produktionskräfte immer mehr zu steigern. Dieselbe Konkurrenz zwingt sie, die Reallohne der Arbeiter und Angestellten, das Realeinkommen der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden immer tiefer zu senken. Zwangsläufig verschärft so der Kapitalismus den Widerspruch zwischen Produktionskräften und der Massenkaufkraft. Der Absatz der riesigen Warenmassen mit Profit wird den Kapitalisten immer schwerer. Dieser Widerspruch ist die Grundwurzel der Krise und er selbst entspringt dem kapitalistischen Charakter der Produktion. Das heißt der grundlegenden Tatsache, daß die Produktionsmittel Privateigentum der Kapitalisten sind, welche sie durch Lohnarbeiter in Bewegung setzen lassen, nur wenn und soweit sich daraus Profit ergibt für die Kapitalisten. Erst bis die Produktion nicht mehr zum leitenden Ziel hat den Profit der Kapitalisten, sondern die Bedarfsdeckung der Massen, erst also bis die Produktionsmittel den Kapitalisten ent-

rissen sind und von den Massen selbst verwaltet werden durch das Mittel der proletarischen Diktatur, erst dann kann und wird die Krise wirklich überwunden werden, erst dann kann und wird die planmäßige Organisation der Wirtschaft so durchgeführt werden, daß sich die Kluft zwischen Produktion und Absatz schließt und nie wieder auftut.

Der im Kapitalismus zwangsläufig wachsende Widerspruch zwischen Produktionskräften und Massenkaufkraft führt selbstverständlich und muß führen zu schwersten Störungen des Kreditüberbaues und der Geldzirkulation, welche Störungen wieder rückwirkend die Absatz- und Produktionskrise verschärfen. Diejenigen, die den «goldenen Götzchen» als die Ursache der Krise darstellen, betragen die Arbeiter. Das tut die Bourgeoisie, das tut die Sozialdemokratie, siehe die «Arbeiter-Zeitung» vom 21. Oktober. Wer die unzulängliche Goldproduktion als die Ursache der Krise darstellt, der kommt natürlich und muß kommen zu dem

Schluß, «wie ohnmächtig in dieser kapitalistischen Gesellschaft Regierungen, Parlamente, Organisationen gegen den Fluch des goldenen Fettsches sind». An die Stelle der gesellschaftlichen Wurzel der Krise, eben des kapitalistischen Charakters der Produktion wird flugs gesetzt die «zufällige» Tatsache der unzulänglichen Goldproduktion. Aber erstens ist die jeweilige Potenz der Goldproduktion keineswegs eine zufällige Größe, sondern selbst zwangsläufige Folge des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses. Vor allem aber sind die großen Störungen des Kredits und der Geldzirkulation, wie wir sie jetzt erleben, verursacht durch den ungeheuerlichen Widerspruch zwischen den Produktionskräften und den gigantischen Warenmassen, die sie liefern, einerseits und der Unmöglichkeit, die Warenmassen mit Profit abzusetzen. Die Theorie der «Arbeiter-Zeitung» läuft darauf hinaus, den Arbeitern einzureden, daß sich gegen die Krise im Wesen nichts machen lasse, das heißt die Kapitalisten in der Hauptsache schalten und walten zu lassen nach ihrem Belieben.

Innerhalb des Kapitalismus gibt es nur noch eine vorübergehende Ueberwindung der Krise, und zwar in der Form, daß national und international in wütendem Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten ein Teil der Kapitalisten den anderen Teil und breite Schichten der Kleinproduzenten in Stadt und Dorf niederwirft, deren Absatzmarkt an sich reißen. Dieser wütende Kampf geht vor unseren Augen vor sich. Die Konferenz Laval-Hover diente letzten Endes auch diesem Zweck.

Es kann einem Teil der Kapitalisten gelingen, auf Kosten aller anderen vorübergehend über die Krise hinwegzukommen — wenn die Arbeiterklasse die durch die Weltkrise hervorgerufenen ungeheueren Erschütterungen unausgenützt läßt. Gerade dazu, gerade um die proletarische Ueberwindung der Krise zu erkämpfen, die Ueberwindung auf Kosten der Kapitalisten, dazu muß die Arbeiterschaft brechen mit der Sozialdemokratie, überwinden den Stalinismus und kämpfen einheitlich auf der Linie von Marx-Lenin durch Gesundung der kommunistischen Internationale.

Spanien

Die revolutionäre Welle rollt weiter. Die Massen können sich mit dem bloßen Wechsel der Staatsform nicht zufriedengeben. Immer mehr drängen die sozialen Kämpfe in den Vordergrund. Arbeiterunruhen, Streiks, Generalstreik, bewaffnete Aufstände kleinen Umfangs stehen in Spanien auf der Tagesordnung. Aus der politischen Revolution wird eine soziale.

So wie 1919/20 bei uns, genau so operiert die Bourgeoisie in Spanien. Um die Arbeiter zu betrüben, einzulullen, nimmt sie die Sozialdemokratie mit in die Regierung. Auch die spanische Bourgeoisie macht den Arbeitern gewisse Konzessionen, wie Achtstundentag usw., um in ihnen die Illusion hervorzuzaubern, das werde jetzt Schritt für Schritt so weiter gehen, da bedürfe es keiner Revolution. Sie plant, den Arbeitern das wenige, das sie ihnen jetzt gibt, um sie an der Stange zu halten, in einer günstigen Zeit wieder zu nehmen — wie in Oesterreich.

Das Betriebsrätegesetz wurde eingeführt. Die Sozialdemokratie jubelt. Das sei der Einzige der Betriebsdemokratie. . . . Auch in Oesterreich kamen wir so 1919 zur «Betriebsdemokratie». Daß die Betriebsräte im Betrieb nur solange die Macht haben, so lange die Arbeiter die Straße beherrschen und daß die Sozialdemokratie der Bourgeoisie mitgeholfen hat, diese Macht der Arbeiter zu zersetzen, davon schweigen die sozialdemokratischen Verräter. Unter der Sozialdemokratie sind die Betriebsräte nur ein Mittel, um die Arbeiter zu beruhigen, die Revolution abzuwürgen. Unter der Sozialdemokratie werden die Betriebsräte zu Gehilfen des kapitalistischen Ausbeutungprozesses. Das war bei uns so 1918—20, das ist jetzt in Spanien so. Daß es so ist, wird am besten bewiesen dadurch, daß die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung in Spanien zugleich mit dem Betriebsrätegesetz das sogenannte «Gesetz zum Schutz der Republik» einführt. Dieses Gesetz richtet sich zum Schein gegen die Reaktion, in Wirklichkeit aber gegen die Arbeiter. Das Gesetz bestraft zum Beispiel Streiks, die nicht acht Tage vorher angemeldet wurden, es bestraft das ungerechtfertigte Stilllegen von Betrieben usw. Das Gesetz zeigt den kapitalistischen Charakter der spanischen Republik. Darüber darf die Ausweisung der Jesuiten nicht täuschen. Die Kirche als einer Stütze der halbfeudalen Monarchie zu einer Stütze der kapitalistischen Republik zu machen, das ist der wirkliche Zweck der bürgerlich-sozialdemokratischen Kirchenpolitik.

Die Arbeiter in Spanien dürfen sich durch Jesuitenausweisung, durch die Kirchenpolitik und Betriebsrätegesetz nicht täuschen lassen. Das soll die Arbeiter über die wahre Lage täuschen und es den Kapitalisten leichter machen, die Arbeiter zu knebeln. Die Aufgabe der Arbeiter in Spanien muß sein, durch die Revolution nicht bloß ein Betriebsrätegesetz, sondern die Betriebe zu bekommen. Um die Macht der Reaktion in Spanien wirklich zu brechen, müssen die Arbeiter ihren Kampf darauf einrichten, die Kapitalistenklasse zu stürzen und ihre eigene Herrschaft, die proletarische Diktatur aufzurichten.

Von Genosse zu Genosse

Vor einigen Wochen wurden durch das Sanierungsgeesetz den werktätigen Massen neue schwere Opfer auferlegt. Mit Zustimmung der Sozialdemokratie! Sie hat für diese Ausplünderung der Massen gestimmt, «um Aergeres zu verhüten». In Wirklichkeit wird es immer ärger. Sie hat nicht einmal erreicht, daß das Aussteuern der Arbeitslosen aufhört.

Dafür kommt die SP nun mit einem anderen Plan, den Arbeitslosen zu «helfen». «Jeder Arbeiter, jeder Genosse möge ein paar Schilling spenden, um den Arbeitslosen über die bitterste Zeit, den Winter, hinwegzuhelfen. Um fünf Schilling schon kann man ein Lebensmittelpaket zusammenstellen, von Genosse zu Genosse soll diese Aktion gehen» usw.

Wo bleiben die Notopfer der Kapitalisten? Der Rothschild, der Apolds, der Starhenberg, und der Kirche nicht zu vergessen! Die Kapitalisten läßt sie ungeschoren — die sozialdemokratischen Reden tun ihnen nicht weh — dafür hält sie sich an die Hungerlöhne der Arbeiter, Beschäftigte und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen. Und das nennt sie — Welch Hohn! — Solidarität.

Im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten die Lage der Arbeiterschaft bessern, das ist proletarische Solidarität. Aber mit den Kapitalisten Koalitionspolitik treiben, das durch solche Reden maskieren und einen Teil der Arbeiter gegen andere ausspielen, das ist sozialdemokratischer Verrat.

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend: Montag, 2. November in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, abends 1/8 Uhr.
Gedenkstunde des 14. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution. Montag, 16. November in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, abends 1/8 Uhr.
Bezirksorganisation Ottakring. Jeden Freitag im Gruppenabend im Gasthaus Fanowitz, XVI., Koppelstraße 37. Beginn 1/8 Uhr.

AZ, RF und Nationalkommunismus

Die revolutionäre Kritik Trotzki's an der verderblichen Taktik des «roten» Volksentscheids sucht die «Arbeiter-Zeitung» auszunützen. Sie unterschlägt wohlweislich seine Kritik an der Sozialdemokratie.

Die Stalin-Helden sind diesmal in ihrer Torkelpolitik wieder einmal in den rechten, opportunistischen Straßengraben gefallen. Das ist kein Zufall. «Die ehrstussische Theorie des Sozialismus in einem Lande muß unabwendbar zur Entfaltung sozialpatriotischer Tendenzen in den übrigen Sektionen der Komintern führen. Die deutsche KP hat sich in kurzer Zeit vor unseren Augen in die Sphäre des Sozialpatriotismus hineingestürzt», schreibt sehr richtig Trotzki. Ist diese Politik nicht wesensverwandt mit der der Sozialdemokratie? Treffen die Schläge, die Trotzki den Führern der KPD versetzt nicht hundertfach auch die Sozialdemokratie? An der revolutionären Sendung der KP hält Trotzki fest trotz alledem. Gerade deshalb sein unausgesetztes, aufmerksames, kritisches Verfolgen ihrer politischen Rolle.

Die Sozialdemokratie schätzt Trotzki ein als die Partei des nackten Verrates, die, «den Langmut der Arbeiter ausnützend, sie betrügt und verrät, während die Faschisten die Arbeiter einfach abschlagen wollen. Im Augenblick des proletarischen Aufstandes wird der Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Bürokratie und den Faschisten tatsächlich minimal, wenn nicht gleich null sein.»

Diese Ergänzung der «Arbeiter-Zeitung» ist notwendig wegen der Lügenmethoden der «Roten Fahne». Auf ihre einzelnen Lügen einzugehen ist der Raum der «Arbeiter-Stimme» zu kosbar.

Urteil der Masse

«Es wird am 22. Oktober eine Massenkundgebung auf dem Freiheitsplatz stattfinden, die alle bisherigen ähnlichen Kundgebungen durch Kraft und Stärke in den Schatten stellen wird.» So schrieb die «Rote Fahne» am 14. Oktober. Die Stalin-Bürokratie setzte alles daran, um das wahrzumachen. Flugblätter überschwemmten die Straßen, von den Mauern riefen Plakate. Die Massen, über den ungeheuerlichen unausgesetzten kapitalistischen Plünderungszug tief erbittert. Der Faschismus, durch den Putsch vom 13. September als kapitalistisch-monarchistische Verherrlichung entlarvt. Der Verrat der SP so offenkundig, daß breite Teile der Masse den Verratscharakter der SP bereits erkennen. Die Situation ist außerordentlich günstig, um gewaltige Massen zu mobilisieren. Nach langer Zeit einmal kam die Partei einmal mit richtigen Lösungen. Und dennoch: dieser Bankrott, dieser entsetzliche Bankrott!

Gewiß, das polizeiliche Verbot der Demonstration hat die Aktion erschwert. Aber, wenn es der Lage nach möglich war, zu dieser Demonstration 30.000, ja selbst 50.000 Arbeiter auf die Beine zu bringen, so mußte die Partei bei dieser Lage imstande sein, in die Massenversammlungen wenigstens 10.000 Arbeiter zu mobilisieren. Und statt dessen kamen nicht einmal 2000. Nicht einmal so viel als die Partei in Wien an Mitgliedern und Sympathisierenden zählt.

Der 22. Oktober ist das vernichtende Urteil der Massen über die stalinistische Bankrottpolitik. Die Arbeiter haben durch ihr Fernbleiben ihr allgemeines Mißtrauen gegenüber dem Stalinismus demonstrativ bekundet. So groß ist dieses Mißtrauen, daß die Massen selbst dann nicht mehr kommen, wenn die Stalin-Bürokraten ausnahmsweise einmal richtige Lösungen bringen.

Schluß mit dem Stalinismus! Vorwärts im Bunde mit der Linksoption zur Gesundung der Partei!

„Neubeitritte“

Mit welchen Drehs und demoralisierenden Schwindeleien die Stalinbureakraten arbeiten, um ihren politischen Bankrott zu vertuschen und einen «stürmischen Vormarsch» der Partei vorzugaukeln, sei an einem Fall aufgezeigt, der in seiner Art und Weise die Methode des korrupten Stalinregimes überhaupt darstellt.

Am 18. Oktober veranstaltete die Partei beim Weigl Versammlungen. Zwei Stalinisten gingen von Mann zu Mann, Mitglieder für die Partei zu werben. Stand da ein junger Arbeiter, der Stalinist redet auf ihn ein; der Arbeiter wehrt ab: «Ich kann nicht zahlen, ich hab kein Geld.» Darauf der Stalinist, fast ins Ohr des Arbeiters: «Das macht ja nichts! Das zählt ja die Zelle! Unterschreib nur!» Und schon drückt er dem verduzt dreinschauenden Arbeiter den Bleistift in die Hand. Der aber mußte das hochstaplerische, Demoralisierende in dieser stalinistischen Werbemethode mit seinem gesunden

Entrüstet erklärt sie, Scheringer sei zum Kommunismus gekommen und nicht, wie Trotzki behauptet, Liebknecht durch Scheringer ersetzt worden. Stimmt das? Gerade zur rechten Zeit kommt eine Broschüre vom neuen Heiland der Stalinisten, Leutnant und Exfaschisten Scheringer. Diese Broschüre wurde in einem kommunistischen Verlag gedruckt und wird von hiesigen Parteikolporteurs verkauft. Sie führt den bezeichnenden Titel «Erwachendes Volk». Sie enthält Briefe an Scheringer und seine Antworten darauf. Da fragen entsetzt ein General und ein Fräulein Carin v. Clausebruch unter anderem, warum denn um Gottes Willen Scheringer zum Stalinismus übergelaufen sei. Scheringer beruhigt sie mit unechten revolutionären Phrasen, aber mit unechten nationalen Töncen: «Die Sache der Toten des Weltkrieges, die ihr Leben hingaben für ein freies Deutschland, verrät jeder, der sich heute gegen die Volksrevolution, gegen den revolutionären Befreiungskampf stellt. . . . Kann ein ehrlicher Deutscher es verantworten, auf einen Volksgenossen zu schießen, wenn dieser den revolutionären Krieg über die Trümmer des herrschenden Systems gegen die kapitalistischen Westmächte trägt; ist er nicht vielmehr verpflichtet, sich der Volksrevolution anzuschließen?» Echt deutschnationaler Revanchgeist im stalinistischen Gewand! So schauen die neuesten Kämpfer der Revolution aus, die von der «Roten Fahne» den Arbeitern präsentiert werden.

Es ist an der Zeit, daß die revolutionären Arbeiter all diese Usurpatoren, die sich der Herrschaft über die kommunistischen Parteien bemächtigt haben und sie zugrunde richten, dorthin schicken, wohin sie gehören: in die politische Versenkung.

B. Grad.

proletarischen Gefühl herausgespielt haben, denn er hatte noch lange, als der Stalinist mit der Beitrittsklärung verschwunden war, einen roten Kopf.
Gleich darauf brüllte irgendein Apparatschik etwas von «36 Neubreitern» in den Saal. Nun, dieses Erlebnis zeigt deutlich, wie es mit diesen Neubreitern in Wahrheit aussieht, wie sie den Arbeiter direkt abschwindelt werden und wie diese demoralisierenden Methoden nur imstande sind, ernste, ehrliche Arbeiter abzustößen.

„Stürmischer Aufstieg“

Der Bericht der «Arbeiter-Zeitung» vom 3. Oktober, der durch das hilflose Gestammel der «Roten Fahne» bestätigt wird, ist nach doppelter Beziehung lehrreich.

Erstens darum, weil immer wieder ein «Zufall» einen Stoß vertraulichster Parteikorrespondenz in die Hände der Sozialdemokratie bringt. Solche vertrauliche Korrespondenz kann nur jemand aus der Spitze oder der der Spitze sehr nahe steht, verraten. Es ist aber kein Zufall, daß sich immer wieder Verräter finden, und zwar gerade aus den Leuten, die als die verlässlichsten auserlesen wurden. Der Stalinismus korruptiert, demoralisiert seine eigenen Leute. Er sucht sie an sich zu ketten durch den Egoismus, durch den klingenden Vorteil, den er ihnen bietet. Solche Leute sind daher von anderen leicht zu haben, wenn diese ihnen nur genügend mehr bieten als die Stalin-Kasse. Hier liegt die Erklärung für jene immer wiederkehrenden «Zufälle», wodurch Sozialdemokratie und Polizei über die intimsten Fragen der Kommunistischen Partei auf dem Laufenden gehalten werden.

Zweitens darum, weil hier im vollen Umfang bestätigt wird, was wir so oft gesagt. Der finanzielle Leiter und Kontrollor der «Roten Fahne» schreibt selbst, daß der Wiener Abonnentenerlös fast vollständig für die Botenlöhne draufgeht. Womit bewiesen ist, daß die Abonnentenzahl der «Roten Fahne» in Wien leider sehr gering ist und daß die Stalin-Bürokratie, die fortwährend erzählt, daß die Abonnentenzahl steige, die Mitgliedschaft elegendlich belügt. Das tägliche Geschrei über die Zunahme der Abonnenten, über den Zuwachs der Mitgliederzahl usw. ist — von vorübergehenden Ausnahmen abgesehen — leider nur Lüge, bewußte Lüge, um die Mitglieder über die Bankrottopolitik der Stalin-Bürokratie zu täuschen. Doch schließlich und endlich wird und muß der ehrliche Teil der Parteimitglieder diesem Lügensystem auf die Spur kommen und daraus seine Schlüsse ziehen über die Politik, die diesem Lügensystem zugrunde liegt, über die Stalin-Politik.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Süßpitschitz, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: Linva, Wien, VII.

Stalins Rolle in der Februarrevolution

(Fortsetzung von Nr. 85.)

All die Pläne von Schminke, Perücken, Fremden und falschen Pässen fielen einer nach dem anderen als undurchführbar weg. Gleichzeitig trat immer konkreter die Idee der Reise durch Deutschland hervor. Dieser Plan erschröckte die Mehrzahl der Emigranten, und zwar nicht nur die Patrioten, Martow, und andere Menschewiki wagten nicht, sich der kühnen Initiative Lenins anzuschließen, sich zu führen fort, vergeblich zu die Türen der Entente zu klopfen. Vorwürfe wegen der Reise durch Deutschland wurden später sogar von vielen Bolschewiken erhoben, infolge der Schwierigkeiten, die der «plombierte» Wagon für die Agitation geschaffen hatte. Lenin schob von Anfang an die Augen nicht vor den späteren Schwierigkeiten. Krupskaja schrieb kurz vor der Abreise aus Zürich: «Gewiß werden die Patrioten in Rußland ein Geheul anstimmen, aber man muß darauf gefaßt sein.» Die Frage stand so: entweder in der Schweiz bleiben oder durch Deutschland reisen. Andere Wege gab es überhaupt nicht. Konnte Lenin da auch nur einen überflüssigen Augenblick zweifeln? Genau einen Monat später mußten Martow, Axelrod und andere Lenins Spuren folgen.

In der Organisation dieser ungewöhnlichen Reise durch feindliches Land während des Krieges äußern sich die grundlegenden Züge Lenins als Politiker: Kühnheit des Vorhabens und umsichtige Sorgfalt der Durchführung. In diesem großen revolutionären lebte ein pedantischer Notar, der jedoch seinen Platz kannte und zur Aufnahme seines Aktes in dem Moment schritt, wo die Sache der Vernichtung sämtlicher Notariatsakte dienen konnte. Außerst sorgfältig ausgearbeitete Bedingungen der Reise durch Deutschland bildeten die Basis eines eigenartigen internationalen Vertrages zwischen der Redaktion der Emigrantenzeitung und dem Reiche der Hohenzollern. Lenin forderte für die Durchfahrt volle Exterritorialität; keine Kontrollen über die personale Zusammensetzung der Durchreisenden, ihrer Pässe und ihres Gepäcks, kein Mensch durfte unterwegs den Wagen betreten (daher die Legende von «plombierten» Wagen). Ihrerseits verpflichtete sich die Emigranten-Gruppe, in Rußland auf die Freilassung einer entsprechenden Anzahl von Zivilgefangenen, Deutschen und Oesterreichern, zu dringen.

Gemeinsam mit einigen aus Indischen Revolutionären wurde eine Deklaration ausgearbeitet. «Die russischen Internationalisten, die sich jetzt nach Rußland begeben, um dort der Sache der Revolution zu dienen, werden uns helfen, die Proletarier der anderen Länder, insbesondere die Proletarier Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, zur Erhebung gegen die Regierungen zu bringen.» So lautete das Protokoll, das von Lorient und Guibeaux für Frankreich, Paul Levi für Deutschland, Platten für die Schweiz, von den schwedischen linken Deputierten und anderen mehr unterschrieben wurde. Unter diesen Bedingungen und Vorsichtsmaßregeln reisten Ende März dreißig russische Emigranten aus der Schweiz ab, selbst unter den Frachten des Krieges eine Fracht von außerordentlicher Explosivkraft.

In dem Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter erinnerte Lenin an die Erklärung des Zentralorgans der Bolschewiki vom Herbst 1915: Sollte die Revolution in Rußland eine republikanische Regierung an die Macht bringen, die den imperialistischen Krieg fortsetzen will, werden die Bolschewiki gegen die Verteidigung des republikanischen Vaterlandes sein. Heute ist diese Situation eingetreten. «Unsere Lösung: keine Unterstützung der Regierung Gutschkow-Miljukow (welche vom «Meister» Stalin unterstützt wurde! Die Red.). Mit diesen Worten betrat jetzt Lenin das Territorium der Revolution.

Die Mitglieder der provisorischen Regierung sahen jedoch keinen Grund zur Beunruhigung. Nabokow erzählt: «In einer März Sitzung der Provisorischen Regierung, in der Pause während der Fortsetzung eines Gesprächs über die anwachsende bolschewistische Propaganda, erklärte Kerenski, wie üblich hysterisch kichernd: «Wartet nur, Lenin selbst ist unterwegs, da wird er es richtig beginnen.» «Kerenski hatte recht; das Richtige sollte erst beginnen. Doch sahen die Minister, nach den Worten Nabokows, keinen Grund zur Beunruhigung: «Alein die Tatsache, sich an Deutschland gewandt zu haben, wird Lenins Autorität dermaßen untergraben, daß man ihn nicht zu fürchten haben wird.» Wie üblich, waren die Minister auch hier, sehr scharfsinnig.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. U 30-6-58.

Jeden Freitag von 1/8 bis 10 Uhr abends.

8. November: Zusammenkunft 1/2 10 Uhr Endstation Neualdegg. Nachmittagstreffpunkt 3 Uhr Jubiläumswarte.

12. November: Treffpunkt 3 Uhr auf dem Dreimarkstein (am besten zu erreichen über Sievering).

15. November: Zusammenkunft 1/2 10 Uhr Stadthaus Hütteldorf; nach Hainbach. Nachmittagstreffpunkt: 3 Uhr Knödelhütte.

22. November: Zusammenkunft 1/2 10 Uhr Endstation Neualdegg; Waldweg über den Heuberg (grüne Markierung). Nachmittagstreffpunkt: 3 Uhr Jubiläumswarte.

29. November: Zusammenkunft 1/2 10 Uhr Endstation Neualdegg; Waldweg über den Heuberg (grüne Markierung). Nachmittagstreffpunkt: 3 Uhr Jubiläumswarte.